Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Nissringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abbezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung beharrlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. April 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Polen und Deutschland.

Polens wachsende Not. - Trotzdem Zollkrieg.

SPD. Pilsudski ist kaum aus Ägypten, wo er zur Kur weilte, nach Warschau zurückgekehrt - und schon versammelt sich ein oberster Rat der Polnischen Republik unter Teilnahme des Marschalls, des Staatspräsidenten und der Vorsteher der Industrie-, Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern, um über Mittel und Wege zur Abhilfe der Wirtschaftsnot zu beraten. Bedarf es noch einen sinnfälligeren Beweises, wie drückend die Not auch in Polen geworden ist.

Man findet freilich unter den Wirtschaftssachverständigen nicht die Vertreter der Arbeiterschaft, was dem ganzen gegenwärtigen Regierungskurs in Polen entspricht. Und doch ist die Arbeiterschaft in Polen der von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffene soziale Stand: Absatzstockungen auf dem äusseren und inneren Markt, Rationalisierung, Massenabbau - das alles hat bewirkt, dass heute ein Riesenteil der polnischen Arbeiterschaft - etwa ein Drittel - beschäftigungslos ist. Nur einige Zahlen zur Veranschaulichung der Wirtschaftskrise: die Zahl geleisteter Arbeitsstunden sank von rund 22,9 Millionen im Jahr 1929 auf 13,6 Mill. im Jahr 1931; in der gleichen Zeit verminderte sich die Einfuhr um 1,6 Milliarden Zloty, die Ausfuhr um 1 Milliarde Zloty; rund 75 000 Eisenbahnwagen, darunter 31 000 Kohlenwagen, stehen ohne Verwendung usw. "Unser Wirtschaftsleben", so schrieb vor einiger Zeit der "Kurjer Warzawski", gerät, wie es auch sonst in der ganzen Welt der Fall ist, in ein wahres Netz von Sackgassen. Dadurch werden wir allmählich und zwangsläufig zu einer Isolierung geführt. Diese Perspektive ist für Polen umso weniger gefährlich als für unsere Nachbarn, weil wir uns in einem höheren Grade wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit befinden. Dennoch ist es eine Perspektive, der auszuweichen sich jedes Land freuen würde. Das hängt von der Möglichkeit der Mobilisierung des internationalen Kapitals ab".

Auswege aus der kritischen Situation ihres Landes sehen die polnische Regierung und ihre Sachverständigen in Schutzzöllen, in der "wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit" und in der Zusammenfassung der Wirtschaftsvertreter in einen Wirtschaftsrat. Der Gedanke der Autarkie liegt heute gewissermassen in der Luft, aber in Polen wird er noch besonders betont, und zwar gegenüber Deutschland. Schon der Juli-Bankkrach in Deutschland gab polnischen Wirtschaftskreisen die willkommene Veranlassung, die geringere internationale Verschuldung Polens, die Stabilität des Zloty und die erlangte wirtschaftliche Unabhängigkeit zu betonen. Der dauernde Zollkrieg mit Deutschland, neuerdings auch der Protektionismus in England, der den Agrarexport Polens bedroht, gaben den autarkischen Strömungen in Polen neue Nahrung. Mit Vorliebe wird hierbei auch der vorwiegend agrarische Charakter des Landes betont. Ein Hauptargument, auf das die polnische Sozialistische Partei im "Robotnik" schon seit Jahren hinweist, wird dabei völlig übersehen: die kolossale Verarmung des inneren Markts, ohne den aber jede Autarkie in nichts zerfällt. Was nutzt der Agrarcharakter des Landes, wenn der Bauer bettelarm ist? Die übrigen Volks-

schichten, vor allem die Arbeiterschaft, ist, wie erwähnt, ihrer Kaufkraft beraubt worden. Der sozialistische "Volkswille"-Kattowitz schätzt die Schwächung des Inlandsmarktes durch Arbeitslosigkeit, Abbau der Löhne und Gehälter auf rund 2 Milliarden Zloty!

Es ist nun einmal an der Tatsache nichts zu ändern, dass Polen zwischen Deutschland und Russland liegt - und das bestimmt nicht nur seine politische, sondern auch seine handelspolitische Lage. Trotz des nun jahrelangen Zollkrieges betrug der Anteil Deutschlands an dem gesamten Aussenhandel Polens noch bis zuletzt rund 25 v.H. Ungefähr denselben Anteil hat das deutsche Kapital an dem gesamten in Polen investierten Auslandskapital. Wenn daher auf der Warschauer Konferenz der Präsident der Industrie- und Handelskammern, Handelsminister a.D. Klarner forderte, Polen müsse aus der Tatsache des Zollkrieges mit Deutschland die Konsequenzen ziehen und ausserdeutsche Exportgebiete suchen, so bedeutet dies das Drängen auf einen künstlichen Weg. Im Verlaufe der letzten Jahre hat Polen nichts anderes getan als "ausserdeutsche Exportgebiete" gesucht. Mit welchem Endergebnis haben wir bereits festgestellt. Der deutsche Absatzmarkt ist für Polen umso wichtiger als es, trotz allen Anstrengungen, zu keinen geregelten Beziehungen mit Sowjetrussland kommt. Aus dem "Nicht-Angriffspakt", den der polnische Gesandte in Moskau Potek so eifrig betrieb, ist bislang nichts geworden; dieser Pakt sollte auch die Vorbedingung für einen polnisch-russischen Handelsvertrag abgeben. Inzwischen ruiniert das russische Holzdumping das polnische Holzgeschäft; und ebenso geht Polen das alte Absatzgebiet für seine Textilindustrie dauernd verloren, weil die Sowjetregierung lieber ihre Bürger in Lumpen laufen lässt als dass sie auf ihren Industrialisierungs-Wettlauf verzichtet oder ihn mässigt.

Diese Beispiele zeigen anschaulich den Zusammenhang der Wirtschaftsfragen mit der Politik. Auch im Verhältnis zu Deutschland wird polnischerseits - so auch auf der Warschauer Wirtschaftskonferenz - die Nichtratifizierung des polnisch-deutschen Handelsvertrages vorgeworfen und durch Prestigegründe zu erklären gesucht. Weitaus klarer ist die Stellungnahme der Sozialdemokratie in den beiden, aufeinander angewiesenen, aber heute wirtschaftspolitisch verfeindeten Nachbarländern: sie hat stets die Notwendigkeit betont, die Politik, insbesondere die Grenzpolitik, von der Frage der Handelsbeziehungen zu trennen und durch den Ausbau dieser Beziehungen den politischen Gegensatz zu mildern. Zweifellos liegt in einer solchen Lösung der einzige Ausweg aus dem heutigen Chaos.

SPD. München, 30.April (Eig.Drahtb.)

In Bayern haben die Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung noch nicht begonnen, obwohl die Nazis in aller Öffentlichkeit einem unbezähmbaren Drange zur Futterkrippe frönen und sich alle Mühe geben, mit der Bayerischen Volkspartei ins Gespräch zu kommen. Die erste Klärung versucht nun der "Regensburger Anzeiger", der sich im Familienbesitz des Ministerpräsidenten Dr. Held befindet und in besonderen Fällen immer als Wegweiser in der bayerischen Politik benutzt wird. Ein massgebender Politiker der Bayerischen Volkspartei veröffentlicht in dem Blatt einen bemerkenswerten Artikel über den "Grundcharakter, Inhalt und Aufgaben der zukünftigen bayerischen Staatspolitik", in dem es heisst:

"Die Wähler, die sich am 24.April um das Banner der Bayerischen Volkspartei geschart haben, taten das in der Erwartung, dass Bayern, wie auch die politischen Verhältnisse in anderen Teilen des Reiches sich gestalten mögen, ein Land der Ruhe, der Ordnung und der absoluten Gesetzmässigkeit, und somit ein Hort der politischen Zuverlässigkeit bleibt. Diese Voraussetzung für eine Politik, die sich vor eine solche Aufgabe stellt, ist in der absoluten

Gewährleistung streng verfassungsmässiger Regierungsweisen zu erblicken. Hierbei handelt es sich weniger darum, dass dem Formalismus unserer Verfassung Genüge geleistet wird, sondern dass die Grundprinzipien der Verfassung und damit die durch sie garantierten Grund- und Freiheitsrechte des Volkes, die nur durch eine Revolution beseitigt werden könnten, unter allen Umständen geschützt und geachtet werden.

Die Kräfte, die heute den Staat von Grund aus ändern wollen, sind keineswegs auf eine Gesundung der Demokratie bedacht, sondern sie sind ausgesprochene Feinde aller Demokratie überhaupt und Anhänger eines durchaus antidemokratischen Staatsideals, nämlich der Diktatur und noch dazu der gröbsten und verwildertsten Form, die es gibt, der Parteidiktatur. In einem Kampf aber, in dem Diktatur gegen Demokratie steht, kann es für eine Bayerische Volkspartei nie einen Zweifel geben, auf welche Seite sie gehört. Es geht hier um Grundprinzipien des Staatslebens, die tief ins Weltanschauliche eingreifen. Hier kann es kein Paktieren geben. Geht es in Deutschland um Sein oder Nichtsein einer diktatorischen Staatsgestaltung, so kann kein Zweifel darüber bestehen, in welches Lager Bayern gehört. Die Sicherung der demokratischen Grundprinzipien in Bayern ist die Voraussetzung einer friedlichen Staatspolitik, die für die Erhaltung und den erfolgreichen neuen Aufbau eines bayerischen Staatswesens eintritt. Dieser Grundsatz ist gewissermassen Bayern eigengesetzlich und gilt unbeeinflusst von der Entwicklung im übrigen Deutschland. So fühlbar die künftige Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Preussen für ganz Deutschland werden mag, so wäre es doch ein grosser Trugschluss, wollte man meinen, Bayern müsste sich unbedingt dem preussischen Vorbilde anschliessen und unter allen Umständen nachmachen, was in Preussen geschieht. Wir stellen uns vielmehr die bayerische Politik in der nächsten Zeit besonders selbständig und möglichst unabhängig von anderen Entwicklungen im Reiche vor."

SPD. Im weiteren Verlauf des Berliner Felseneck-Prozesses kam es zu mancherlei interessanten Feststellungen. Die Vernehmung des angeklagten Nationalsozialisten Grossert gab aufschlussreiche Anhaltspunkte für die technische Durchorganisierung der nationalsozialistischen Mord- und Prügeltrupps.

Grossert hatte sich auf sein Motorrad gesetzt und war zu dem "Kriegsschauplatz" geeilt, allerdings "rein zufällig", wie er mit treuherzigem Augenaufschlag versichert. Weit wahrscheinlicher ist jedoch, dass der Angeklagte ein Meldefahrer zur Ausspähung des Gegners gewesen ist. Im übrigen belastet Grossert seinen Komplizen Willbock, vielleicht aus Rache dafür, dass dieser "geistesschwache" Leibgardist des "dritten Reiches" mancherlei Unliebsames ausgeplaudert hat. Nach Grosserts Angaben hat Willbock dem ermordeten Klemke zuerst ein Bein gestellt, sodass das Opfer zu Boden fiel. Dann sind die Nazis gemeinsam über den Unglücklichen hergefallen.

Grossert ist der letzte der angeklagten Nationalsozialisten. Nach ihm beginnt die Vernehmung der kommunistischen Angeklagten. Zwei Felsenecker Kolonisten, die geschossen haben und von der Polizei mit Waffen betroffen worden sind, behaupten, in Notwehr gehandelt zu haben. Der frühere Nationalsozialist Hohmann, heute Thälmannanhänger - die Herren Rowdies wechseln sehr oft die politischen Plätze - gehörte jener Gruppe des "Antifaschistischen Kampfbundes" an, die sich in Glienicke "in Alarmstellung" gegen die SA versammelt hatte. Bürgerkriegspiel war bei beiden radikalen Gruppen ein beliebtes Gesellschaftsspiel. Hohmann wird von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, beim Tode des bei der Strassenschlacht erstochenen Nationalsozialisten Schwarz eine Rolle gespielt zu haben.

Der Angeklagte behauptet indessen, zur Zeit der Affaire Schwarz schon zu Hause gewesen zu sein und glaubt, das durch Zeugen beweisen zu können.

SPD. Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumspartei, der am Sonnabend in Berlin tagte, veröffentlicht folgende Erklärung :

"Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Prälaten Kaas im Reichstag eine mehrstündige Sitzung abgehalten, die vollzählig besucht war. Zur Erörterung standen die sachlichen Fragen, die die deutsche Politik in der nächsten Zeit zu bewältigen hat vor allem die aussenpolitischen Ziele, Stärkung der Binnenwirtschaft, die Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Siedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes. In der Lösung dieser sachlichen Aufgaben sieht die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen aussenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schliessen muss.

Dem Reichskanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beiwohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Rechtsstandpunktes in Genf zum Ausdruck gebracht.

In einer Nachprüfung der Ergebnisse der Länderwahlen wurde mit grosser Genugtuung festgestellt, dass die Anhänger der Zentrumspartei in vorbildlicher Treue die sachlichen Ziele der Partei erkannt und gewürdigt haben. Dafür der gesamten Wählerschaft zu danken, betrachtet der Vorstand als seine besondere Pflicht. Das Zentrum ging aus den Wahlen verstärkt hervor und wird damit auch fernerhin die Fortführung einer aufbauenden nationalen Realpolitik gewährleisten.

Die im Einverständnis mit dem Reichsparteiführer veröffentlichte Erklärung der preussischen Zentrumspartei am Wahltage fand die einstimmige Billigung des Vorstandes und die in ihr niedergelegten Richtgedanken sind auch von den Vertretern der übrigen Landesverbände der Zentrumspartei als massgebend anerkannt worden. Aufgrund dieser einmütigen Auffassung wurde festgestellt, dass die letzte Entscheidung über alle notwendigen Entschliessungen der Reichsparteileitung vorbehalten bleibt.

Der Vorsitzende konnte am Schlusse der Verhandlungen mit Stolz hervorheben, dass Führer und Wählerschaft, in einheitlichem geschlossenen Willen verbunden, die grosse vaterländische Aufgabe in dem Glauben an Deutschlands Kraft erfüllen werden."

SPD. Sangerhausen, 29.April (Eig.Draht)

Vor Jahresfrist sind aus Stadt und Kreis Sangerhausen viele kommunistische Arbeiter nach Sowjet-Russland ausgewandert. Die meisten sind bereits wieder zurückgekehrt, der Rest hat seine baldige Rückkehr angekündigt. Alle erklären, lieber in Deutschland Fürsorgeunterstützung empfangen als in Russland arbeiten zu wollen, denn in Russland müssten sie viel grössere Not leiden. Bemerkenswert ist, dass die meisten enttäuschten Rückwanderer das Sowjet-Abzeichen gegen das Hakenkreuz eintauschten.

SPD. Vom Schwurgericht des Landgerichts II wurde am Sonnabend in einem Prozess gegen zweiundzwanzig Kommunisten nach wochenlanger Verhandlung das Urteil gesprochen. 12 Angeklagte wurden wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von 18 - 8 Monaten verurteilt, gegen 10 Angeklagte wurde mangels Beweises auf Freispruch erkannt.

Gegenstand der Anklage war ein im Oktober vorigen Jahres verübter Feuerüberfall auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal in der Richardstrasse, dem der Nazi-Gastwirt zum Opfer gefallen war.

SPD. Kiel, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die Nazis haben den Wahlkampf hauptsächlich mit der Parole geführt "Hitler gibt Euch Arbeit! Hitler beseitigt die Not!". Das Gegenteil ist richtig! Dafür zwei Beispiele aus den letzten Tagen:

Eine Kieler Werft hatte den Auftrag, für Schweden einen grossen Walfänger zu bauen. 500 Arbeiter hätten 3 Monate lang Beschäftigung gehabt. Der Walfänger wird aber in Kiel nicht gebaut. Der Auftrag ist zurückgezogen worden, weil, wie der Auftraggeber mitteilt, das Ausland infolge des Wahlausfalles mit Störungen rechnet. Der Walfänger wird jetzt in Göteborg hergestellt.

Die gleiche Werft hatte auch von Holland beträchtliche Aufträge erhalten. Auch dieser Auftraggeber teilte mit, dass der Auftrag von Kiel zurückgezogen werden müsse, weil Holland mit seiner Wirtschaftskrise sich von dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten nichts Gutes versprechen könne.

So sieht die "Arbeitsbeschaffung" durch Hitler, die Beseitigung der Nöt durch diese Scharlatane aus. Statt Arbeit und Brot schafft allein die Existenz dieses Schwätzers neues Elend und neue Not!

SPD. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend den Reichskanzle Dr. Brüning zum Bericht über die Genfer Besprechung. Ferner empfing der Herr Reichspräsident den Reichsfinanzminister Dietrich zum Vortrag.

SPD. Itzehoe, 30.April (Eig.Drahtb.)

In Itzehoe, wo Sozialdemokraten und Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, weigerten sich die Kommunisten, bei einer Neuwahl des Bürgermeisters für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Die Weigerung erfolgte, trotzdem sich die Sozialdemokratie im gegebenen Falle bereit erklärte, ihre Stimme für einen kommunistischen Beigeordneten abzugeben. Die Nationalsozialisten gerieten angesichts dieses Verrats der Kommunisten geradezu aus dem Häuschen. Sie erhofften durch die Abstinenzpolitik der KPD einen Sieg ihres Kandidaten. Der Sozialdemokratie gelang es jedoch, durch geschickte Taktik dem bisherigen bürgerlichen Bürgermeister gegen den nationalsozialistischen Kandidaten zum Erfolge zu helfen.

SPD. Paris, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die Pariser Universität ehrte am Sonnabend das Gedächtnis Goethes durch einen feierlichen Festakt, dem der Präsident der Republik beiwohnte. An der Seite des Präsidenten sassen der deutsche Botschafter von Hoesch, der am Vormittag aus Basel zurückgekehrt war und der Rektor der Universität Professor Charléty. Der grosse Hörsaal der Universität mit seinen zahlreichen Galerien war bis auf den letzten Platz besetzt. Fast sämtliche Professoren der philosophischen Fakultät waren anwesend. Der Rektor der Universität hielt eine Ansprache, in der er u.a. ausführte:

"Den Ehrungen, die von allen Seiten der zivilisierten Welt dem hundertjährigen Schatten Goethes dargebracht werden, fügt die Pariser Universität ihr treues und aufrichtiges Gedenken hinzu. Ich weiss nicht, ob es zutrifft, dass sich Teile der deutschen Jugend von Goethe lossagen. Wenn das Unglück der Zeiten wollte, was sicherlich unmöglich ist, dass die Erinnerung an Goethe in den Hintergrund gedrängt wird, würde ihm Frankreich ein Asyl gewähren, in dem er die Revanche der Zukunft abwarten könnte. Der Greis, dessen Tod ein so grosses Licht zum Erlöschen gebracht hat, lebte von der Idee erfüllt, dass die Menschenrassen darauf hinzielen, ein harmonisches Ganzes zu werden. Das

war eine vorzeitige Hoffnung an der Schwelle des vorigen Jahrhunderts, das, wenn auch nicht in seinen Denkern, so doch in seinen Tatmenschen, ganz von heiligem Egoismus erfüllt war. Wenn das Goethe'sche Jahrhundert geboren werden soll, so ist das vielleicht eine Morgenröte, von der unsere Zeit die ersten Strahlen sehen wird..... Goethe sagte im Jahre 1817 nach den napoleonischen Kriegen, dass jetzt kein Streit mehr zwischen Deutschen und Franzosen entstehen dürfte. Die Pariser Universität hat diese Botschaft Goethes in keiner Weise einzuschränken."

SPD. Weimar, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die thüringische Regierung hat den sozialdemokratischen Bürgermeister Worch anlässlich der Polizeiaktion in Langewiesen nach der Auflösung der SA und SS durch die Reichsregierung seines Amtes enthoben. Angeblich hat sich Worch gegen eine Bestimmung der thüringischen Regierung vergangen, nach der unter keinen Umständen bei irgendwelchen Vorkommnissen eine Hilfspolizei zulässig sei. Worch habe in der Nacht nach der Auflösung der SA und SS zwei Zivilbeamte bewaffnet und mit der Bewachung des Rathauses beauftragt.

SPD. London, 30.April (Eig.Drahtb.)

Das Gesetz der irischen Regierung zur Abschaffung des Eides hat in zweiter Lesung im irischen Parlament sechs Stimmen Mehrheit erhalten, aber weder die innerpolitisch-irische noch die englisch-irische Position ist dadurch klarer geworden. Die irische Labour-Party ist zwar für die Streichung des Eides aus der Verfassung, wendet sich aber gegen die unmittelbare Beseitigung des Eides auch aus dem anglo-irischen Vertrag.

SPD. Genf, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die 16.Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz ist am Sonnabend beendet worden durch die eindeutige Erklärung für die Organisierung der Wirtschaft. Damit hat die Konferenz gegen nur 7 Stimmen von Unternehmern mit 73 Stimmen der Regierungen, Arbeiter und einiger Unternehmer öffentlich bekannt, dass nur nationale und internationale Planwirtschaft auf kollektiver Grundlage die Welt aus der Krise der Privatwirtschaft herausführen kann. Die weittragende Bedeutung dieser Kundgebung lässt sich nicht verkennen. Sie hebt die Bedeutung dieser Tagung über das entschlusslose Ausweichen der gewohnten internationalen Konferenzen stark hinaus.

Die wichtigste Entschliessung enthält eine Aufforderung an den Direktor des Arbeitsamtes Albert Thomas, beimVölkerbundsrat auf die Einberufung einer Konferenz bevollmächtigter Regierungsvertreter zu drängen, die nationale und internationale grosse öffentliche Arbeiten festlegen und ihre Ausführung sowie Finanzierung sicherstellen sollen. Ferner soll Thomas die Forderung der Konferenz für eine endgültige und rasche Lösung des Schulden- und Reparationsproblems unter Mitwirkung des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes auf der Lausanner Konferenz vorbringen, sowie die Schaffung eines internationalen stabilen Geldsystems und die methodische Wiederaufnahme des internationalen Warenaustauschs zur systematischen Entwicklung der Massenkaufkraft durch praktische und wirksame Vertretung verlangen. In einer zweiten Entschliessung werden sofortige Verhandlungen über die allgemeine Einführung der 40-Stundenwoche gefordert. Jede Politik der Lohnsenkung wird als wirtschaftsschädigend verurteilt. Eine Resolution des deutschen Arbeitervertreters Müller will das Vereinigungs- und Koalitionsrecht sowie Gesamtarbeitsverträge für Landarbei-

ter international gebessert wissen durch Abschluss von Abkommen. Endlich wurde noch eine japanische Entschliessung angenommen, die Frage der Arbeiterwohnungen auf die Tagung der nächsten Konferenz zu setzen.

Nach diesen mit starkem Beifall begrüssten Kundgebungen sprach Arthur Henderson, der als Präsident der Abrüstungskonferenz die untrennbare Verbundenheit des Werkes der Abrüstung mit dem des sozialen und wirtschaftlichen Aufbaues betonte.

SPD. Genf, 30.April (Eig.Drahtb.)

Die ausserordentliche Vollversammlung des Völkerbundes hat am Sonnabend bei Stimmenthaltung Japans die vom Neunzehnerkomitee vorgelegte Entschliessung im chinesisch-japanischen Konflikt einstimmig angenommen. Danach kann jede bei den Verhandlungen in Schanghai vertretene Macht den Kommissionen über alle Schwierigkeiten berichten. Keine Partei darf andere Bedingungen für die Räumung verlangen, als sie vom Völkerbund beschlossen wurden. Japan wird verpflichtet, seine Truppen in kürzester Frist auf die internationalen Konzessione zurückzuziehen. Diese Zurückziehung muss vollständig und endgültig sein. Die gemischte Kommission aus Vertretern der vier Grossmächte wird beauftragt, die Organisation des Verkehrs und der Ueberwachung der von Japan geräumten Gebiete mit festzusetzen.

Japans Delegierter enthielt sich bei der Abstimmung. Er wolle damit zum Ausdruck bringen, dass er keinem Komitee das Recht zugestehen kann, in Einzelheiten der Abmachungen zwischen ihm und China eingreifen zu können. Der Präsident stellte jedoch fest, dass laut Regelement der Vollversammlung eine Stimmenthaltung als Nichtanwesenheit der Delegation aufzufassen sei.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Gewitter über Jerusalem.

Neue Spannungen zwischen Juden und Arabern - "Mord" und "Rachemord" - Panzerautos, Flugzeuggeschwader, schottische Patrouillen.

SPD.Haifa, Ende April (Eig.Ber.)

Die Flammen des geschürten Fanatismus, die zu den Augustunruhen des Jahres 1929 in Palästina führten, sind noch nicht ganz verlöscht. Es ist seither ein Misston aufgeklungen in den Beziehungen zwischen Juden und Arabern. Allerdings: Spannung und Kampflust haben ihr Nest in den oberen Schichten dieser Nationen gebaut, denn dort ist ihr wichtigster Nährboden. Das Volk hingegen kümmert sich herzlich wenig um die "höhere" Politik und fährt fort ökonomische und private Beziehungen untereinander anzuknüpfen. Und kämen nicht von Zeit zu Zeit die Befehle "von oben" - die Atmosphäre wäre um vieles reiner und erträglicher. Es ist, als hätte man an europäischen Beispielen gerade das Uebelste gelernt...

Diese Atempause zwischen Kampf und Friede, in der übrigens so manches Positive geschaffen worden ist, währte bis kurz vor Ostern dieses Jahres. Die für Ostern von den Juden einberufene "Makkabijah" - die olympischen Wettspiele der jüdischen Sportorganisationen - und die ebenfalls von Juden organisierte Levante-Messe in Tel Aviv, lockten viele Tausende Touristen, Sportler und Interessenten ins Land. Jugend aus der ganzen Welt strömte herbei und das Ganze trug das Gepräge einer mächtigen, imposanten Demonstration. Zwar haben der Muffti (der oberste, geistliche Würdenträger der Araber Palästinas) und die anderen Führer die Beteiligung der arabischen Jugend an diesen Sportfesten verboten, dennoch nahmen sowohl Syrier und Aegypter als auch palästinänsische Araber an ihnen teil.

Aber kurz vor der Eröffnung dieser Sportspiele ballte sich das Schicksal wie Gewitterwolken über dem schmerzensreichen Land zusammen. Eines Tages wurde nämlich in Jerusalem die Leiche eines jüdischen Touristen aus Amerika gefunden; Anzeichen eines viehischen Mordes waren erkennbar. Der Leichnam war mit dem Gesicht zur Erde gekehrt, der Hals war bis zur Hälfte durchschnitten, und in der Nähe des blutüberronnenen Tatortes wurde ein altes, stumpfes, verrostetes Rasiermesser gefunden. Die Nachricht von diesem bestialischen Mord verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch das Land, und man sah in ihr nicht mit Unrecht die Vorboten eines blutigen Kampfes zwischen Juden und Arabern. Die unter englischer Leitung stehende Polizei tat nicht viel, um die Gemüter zu beruhigen. Dem Verlangen verschiedener Organisationen, einen im Lande berühmten Sachverständigen für Leichenobduktionen zur Aufklärung der Tat mit heranzuziehen, wurde nicht stattgegeben. Nun platzte die zweite Bombe: Kurz nach der Entdeckung des jüdischen Opfers fand man fast an der gleichen Stelle und fast in der gleichen Lage einen ermordeten Araber. Auch er lag auf dem Gesicht, auch er schwamm in einer Blutlache, auch ihm war die Kehle durchschnitten. Es schien kein Zweifel mehr möglich: diese Tat konnte nur die Antwort der Juden auf die arabische Tat sein. Auf beiden Seiten lautete die Parole: Alarm und Kampfwille. Auf beiden Seiten rechnete man mit dem Ausbruch von Unruhen... Aufgespeicherter Fanatismus, Missverstand, falschverstandener Nationalismus suchte nach einer Entladung. Das ganze Land befand sich in einer moralischen und physischen Alarmbereitschaft. Doch schienen die Polizei und das Militär diesmal besser vorbereitet zu sein als im Jahre 1929. Panzerautos rasten durchs Land, Flugzeuge mahnten die Kampflustigen, schottische Soldaten, leichtbe-

rockt und buntgekleidet, patrouillierten durch alle Strassen, Und es ist nicht zu leugnen, dass diese Dinge unter solchen Umständen niemals ihre Wirkung verfehlen. Sowohl die Araber in der Offensive als auch die Juden in der Defensive spürten, dass es im Lande noch eine dritte Macht gibt, die jetzt entschlossen ist, unter allen Umständen durch energisches Eingreifen, die Ruhe und Sicherheit zu wahren. Das nahm beiden Parteien ein gross Teil ihrer Aktionslust und so konnten die Sportspiele ohne nennenswerte Störungen vor sich gehen. Charakteristisch ist und bleibt, wie wenig Anteil die Araber aus Aegypten und Syrien an diesen Zwistigkeiten und all diesem politischen Ehrgeiz ihrer Brüder aus Palästina nehmen. Sie kamen in grosser Zahl herbei, beteiligten sich an den Wettkämpfen, einige von ihnen, so ein berühmter ägyptischer Schwimmer, errangen sich sogar Siegestrophäen. Und alles löste sich in eitel Eintracht.

Inzwischen sind Wochen vergangen. Die Makkabijah ist längst zu Ende, die Levante Messe schloss feierlichst ihre bunten Tore auf, Touristen, Pilger, Sportler kommen und gehen, eine emsige Bautätigkeit wurde mit Frühjahrsbeginn merkbar - unverändert aber und beinahe mystisch blieb lange die Angelegenheit der zwei Leichen. Die Communiques der Behörden sind lakonisch und meistens ungeschickt. Tausenderlei Versionen schwirren im Lande herum. Aber allmählich löst sich der Nebel. Es scheinen nämlich bereits zwei sehr wichtife Dinge festzustehen. Erstens ist der amerikanische Jude keineswegs das Opfer eines brutalen Mordes. Vielmehr hat sich herausgestellt, dass er Selbstmord beging. Noch sind die Motive dieser Tat völlig im Dunkeln. Noch lässt es sich unmöglich fassen, was wohl diesen reichen, gesunden, von keinerlei Melancholie belasteten Menschen in den Tod trieb. Andererseits ist so gut wie festgestellt, dass der Araber zwar das Opfer eines Mordes ist, seine Mörder aber nicht in den Reihen fanatischer Juden zu suchen sind, sondern unter den arabischen Chauffeuren, deren Kumpan er gewesen war.

Unter dem Einfluss der Aufklärung der Mordaffäre ist wieder allgemeine Beruhigung eingetreten. Bald werden sich die Gewitterwolken über Palästina völlig verzogen haben, und das Land wird leichter atmen können.

Lu-y.

\+ + +

Millionenschiebung. Unter dem Verdacht des unbefugten Devisenhandels wurden in Berlin mehrere Personen festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Die beschuldigten Devisenschieber haben nach den bisherigen Ermittlungen international bevorzugte Wertpapiere in Höhe von etwa drei Millionen Mark aus dem Ausland nach Deutschland gebracht, hier verkauft und den Erlös wieder ins Ausland geschmuggelt. Die Verkäufe wurden aufgrund gefälschter oder gestohlener Legitimationen vorgenommen. So wurden von den Schiebern Namen von Persönlichkeiten missbraucht (u.a. der eines bekannten norddeutschen Schriftstellers), die überhaupt niemals Papiere auf den Markt gebracht haben. Das Haupt der Bande - vermutlich ein im Ausland wohnhafter Finanzmann, der in Deutschland seine Agenten arbeiten lässt - konnte noch nicht ermittelt werden.

\+ + +

Abgelehnt... Das Reichsgericht hat ausser der Aufwertung der alten rotgestempelten Tausendmarkscheine auch die Schadenersatzklage abgelehnt, die die "Reichsbankgläubiger" gegen das Reich angestrengt hatten. Nach der Ansicht der abgewiesenen Kläger hätte das Reich die Entwertung der rotgestempelten Tausendmarkscheine durch die Reichsbank nicht dulden dürfen.

\+ + +

25 Jahre Wannseebad. Das weltbekannte Strandbad Wannsee bei Berlin feierte am 1.Mai fünfundzwanzigjähriges Jubiläum. Vorher war das Baden im Wannsee "polizeilich streng verboten". In den ersten Jahren seines Bestehens war das Bad verpachtet; 1920 ging es mit der Schaffung von Gross-Berlin in den Besitz der Stadt über. Die Besucherzahl des Bades belief sich 1924 auf 350 000, im Jahre 1931 auf weit über eine Million. Diese Besuchssteigerung ist vor allem auf den unter Leitung des populären Strandbaddirektor "Vater Clajus" erfolgten architektonischen und hygienischen Ausbau der jetzt in jeder Hinsicht vollendeten Anlage zurückzuführen.

\+ + +

Bestialische Eltern. Vom Schwurgericht Aix en Provence(Frankreich) wurde ein junges Ehepaar, das seine vierjährige Tochter mit Schlägen zu Tode gepeinigt hatte, wegen fortgesetzter Misshandlung zum Tode verurteilt.

\+ + +

"Patriotismus". In einer Aufwallung von Patriotismus, wie er in dieser Form in Europa ungewöhnlich ist, hat der japanische Maler Ito Chikozu mit seinem eigenen Blut ein Portrait des Mikado gemalt, um so seine Verehrung für das japanische Kaiserhaus unter Beweis zu stellen. Chikozu,der sich infolge der erlittenen Schwächung in Krankenhausbehandlung begeben musste, hat das Bild dem japanischen Kriegsministerium geschenkt.

\+ + +

90 000 gerettete Vögel! Wie in der Generalversammlung des Wiener Tierschutzvereins mitgeteilt wurde,sind durch die vorjährigen Flugzeug-Vogeltransporte nach Venedig neunzigtausend Singvögel vom Tode des Erfrierens gerettet worden.

\+ + +

Wüsten-Oel. Die Irak-Petroleumgesellschaft legt eine grosse Petroleumröhrenleitung von den Petroleumfeldern des Irak bis zur Küste des Mittelmeeres. Die Leitung, die bei Hit den Euphrat überschreiten wird, teilt sich bei Rutba in zwei Linien; die eine mündet bei Tripolis,die andere bei Haifa.

\+ + +

Wasser für 400 Millionen! Die indischen Regierungen von Madras und Heiderabad erwägen, ein dürres Hungergebiet von 400 000 Hektar öden Landes durch künstliche Bewässerung fruchtbar zu machen. Die dazu notwendigen Gewässer sollen aus den Flüssen Tungabhadra und Kistna abgeleitet werden. Die Die Kosten für die Verwirklichung dieses Planes dürften sich auf etwa 400 Millionen Mark belaufen.

\+ + +

Stapellauf. Auf der deutschen Werft in Hamburg lief am Sonnabend das erste der sechs Grosstankschiffe, die von der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft in Auftrag gegeben worden sind, vom Stapel. Das 17 800 Tonnen grosse Schiff hat eine Länge von 165 Metern.

\+ + +

Goethe in Teplitz. Am 8.Mai wird im Teplitzer Schlossgarten eine Bronzebüste Goethes, ein Werk Professor Lederers ,enthüllt werden.

\+ + +

Wolf-Kienle. Die Hauptverhandlung gegen die des vielfachen Vergehens gegen § 218 beschuldigten Stuttgarter Aerzte Dr.Friedrich Wolf und Frau Dr. Kienle ist für Mitte Juni zu erwarten. Die Voruntersuchung ist bereits seit mehreren Monaten abgeschlossen.Für den grössten Teil der Verhandlung ist Ausschluss der Oeffentlichkeit zu erwarten.

Im Goldland.

Von unserem besonderen Mitarbeiter.

SPD. Kapstadt, Frühjahr 1932

Die südafrikanische Union, dieses vom Schicksal verhätschelte Glücksland, spürt jetzt zum ersten Mal, was eine Wirtschaftskrise ist. Zum ersten Male wird dieses Land in die trüben Fluten der Depression hineingezogen. Häufiger schlugen schon die Wogen der Wirtschaftskrise bis an die südafrikanischen Gestade. Aber niemals so, dass die Wirtschaft dieses Landes einmal durcheinander geschüttelt wurde. Niemals kamen die Luftblasen von faulen, ungesunden Unternehmungen an die Oberfläche. Die wirtschaftliche Putzmühle, die die Spreu vom Weizen trennt, brauchte nie in Tätigkeit zu treten.

Die Union hat die Not, die grosse Lehrmeisterin der Menschheit, bisher nicht kennen gelernt. Jedesmal in Krisenzeiten warf der Himmel ihr immer wieder ein neues Geschenk in den Schoss; bald waren es reiche Gold- und Diamantenfunde, bald Funde von Platium, Kohle, Kupfer oder Asbest. Sie gaben der Wirtschaft neuen kräftigen Anstoss, um über den toten Punkt hinwegzukommen. So ging es Jahrzehnte lang. Nie abbrechende Prosperität. "Wem die Götter zu viel Glück im Uebermass bringen, den wollen sie verderben!" Das gilt auch für die Union. Sie hat die natürlichen Reichtumsquellen leichtsinnig versiegen lassen. Die Gedanken aller führenden Wirtschafter waren wie hypnotisch auf Gold, Diamanten, Mineralien gelenkt. Die andere Wirtschaft war nur Beiwerk. Die ganzen Jahrzehnte war das Land reines Exploitationsgebiet. Wer bekümmerte sich da um die Entwicklung der übrigen Industrien, um einen harmonischen Wirtschaftsaufbau?

Gold und Diamanten waren die Säulen, worauf der Staat ruhte. Noch 1927 betrugen die Staatseinnahmen aus diesen beiden Produktionsquellen 119 Millionen Mark. Das sind über 20 Prozent der Gesamteinnahmen des Staates. Von diesen Einkünften entfallen auf Gold 25 Prozent und auf Diamanten 15 Prozent. Heute sind die Diamanteneinkünfte restlos dahin. Die Proletarisierung der europäischen Völker findet hier ihren Niederschlag. Die Kreise, die noch Diamanten tragen, sind dezimiert. Diese Faktoren lassen der künftigen Entwicklung der Diamantenindustrie eine äusserst ungünstige Prognose stellen.

So ruht die ganze Wirtschaft des Landes heute nur noch auf einer Säule, den Goldminen. Sie sind wohl die einzige Industrie der Welt, deren Produkte keinerlei Preisschwankungen ausgesetzt sind und deswegen haben sie bisher immerhin der ganzen südafrikanischen Wirtschaft eine gewisse Stabilität gegeben. Aber wie lange wird diese Industrie noch das Rückgrat der Wirtschaft bilden? Bis heute sind schon für 21 Milliarden Mark Gold aus dem Witwatersrand herausgeholt worden. Die reichsten Vorkommen sind abgebaut; man geht immer mehr an die niederprozentigen Gesteine heran. Auch das stellenweise zu Tage liegende "Blackreef", jahrzehntelang missachtet, ist heute wieder zu Ehren gekommen. Man möchte so lange wie möglich die Goldquellen am Fliessen erhalten. Es sind in den letzten Jahren Verfahren entdeckt worden, um Schächte durch wasserführende Schichten bis an die Goldkonglomerate heranzubringen. Man erfindet neue rationelle Abbaumethoden. Jedoch die Produktionskosten, die im Anfang des Abbaues nur eine unwesentliche Rolle spielten, werden mehr und mehr ausschlaggebend und in manchen Minen ist heute schon der Schlusspunkt erreicht: sie sind nicht

mehr abbauwürdig. Andererseits braucht nur im Laufe der nächsten Jahre eine Steigerung der äusserst niedrigen Eingeborenenlöhne um 20 % einzutreten, um den Goldabbau unrentabel zu gestalten.

Das Abgehen einer ganzen Reihe von Staaten vom Goldstandard hat manche an den Minen interessierte Kreise stark beunruhigt. Es gibt Pessimisten, die behaupten, dies sei der erste Schritt zu einer allgemeinen Entwertung des Metalles, das bisher wie ein ruhender Fels im Auf und Ab der Preisbewegung aller übrigen Produkte stand. Man hält es hier für möglich, dass die Staaten der Welt, die sich heute um das eine Viertel des Goldvorrats - 3/4 des Goldes befindet sich bekanntlich in Händen Amerikas und Frankreichs - katzbalgen und deren Währungen durch die dauernde Möglichkeit eines weiteren Goldentzuges ständig Gefahr laufen, in ihren Grundfesten erschüttert zu werden, eine gänzlich neue Regelung der Währungsdeckung notgedrungen anstreben; vielleicht durch eine internationale Emissionsbank, die die Notendeckung durch Gold völlig entbehren kann. Man malt schon düstere Zukunftsbilder, wie die reiche Wirtschaftsmetropole des Landes, Johannesburg, hierdurch auf den Rang eines kleinen Provinznestes heruntersinkt.

Ueber dem Gold hat man eben vergessen, die produktiven Kräfte des Landes auszubauen. Das macht sich jetzt bemerkbar. Nur einige Beispiele: Seit 1897 wurden nur insgesamt 200 ooo Morgen aufgeforstet. Notwendigerweise müsste man aber heute 3 bis 4 Millionen Morgen unter Wald stehen haben; denn Wald ist für dieses Land ein Lebensfaktor, schon allein aus dem Grunde, weil Wald das sich im Extremen bewegende Klima ausgleicht und mildert. Die Teeproduktion ist nur halb so gross als vor dem Burenkrieg. 1829 betrug die Weinerzeugung 6 Millionen Liter, 1929 nur noch 2 Millionen Liter. 1911 gab es 2½ Millionen mehr Angoraziegen als heute, ebenfalls 200 ooo Schweine mehr. Die Anbaufläche für Weizen ist zurückgegangen. Heute kann das Land nur 70 Prozent des Verbrauchs decken. Der Rest muss eingeführt werden. Die vielen grossen Wasserfälle des Landes werden nicht ausgenutzt. In der Kohlenwirtschaft herrschen grosse Misstände.

Alles das verschärft die Krise. Alles das steigert den Pessimismus.

SPD. Der Teuerungsindex hat sich im Monat April weiter gesenkt. Das Statistische Reichsamt gibt über die Entwicklung des Index im April 1932 folgende Uebersicht: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats April 1932 auf 121,7 gegenüber 122,4 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,6 v.H. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 0,9 % auf 113,4, für Wohnung um 0,1 % auf 121,4, für Heizung und Beleuchtung um 0,5 % auf 135,9, für Bekleidung um 0,7 % auf 118,3 und für "Sonstiger Bedarf" um 0,1 % auf 166,6.

SPD. Die dem Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften und Gesellschaften angeschlossenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften veröffentlichen eine Entschliessung, in der es u.a. wie folgt heisst: "Die Massnahmen der Reichsregierung haben zwar eine geringe Senkung der Lasten der Wohnungsunternehmen und eine geringe Mietssenkung ermöglicht. Die Auswirkungen dieser Massnahmen sind aber völlig unzulänglich. Zum Zwecke der Schaffung tragbarer Mieten müssen folgende Forderungen erhoben werden: 1.) Die Ausführungsbestimmungen zur Zinssenkung sind dahin abzuändern, dass die in der Notverordnung angeord-

ordnete Zinssenkung tatsächlich erzielt wird. Dazu ist nötig a) die Beseitigung des Rechts der Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen durch Kreditinstitute, die früher keinen Verwaltungskostenbeitrag erhoben haben, b) dass den Hypothekenschuldnern das Recht gewährt wird, Pfandbriefhypotheken auch regelmässig durch Eingabe von Schuldverschreibungen zu tilgen und die Tilgung auch vor Fälligkeit vorzunehmen. Alle Beschränkungen des Rückzahlungs- und Tilgungsrechts sind zu beseitigen, c) durch Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern zu erreichen, dass die Lasten aus Auslandsschulden denjenigen aus Inlandsschulden gleichgestellt werden; soweit dies nicht geschehen kann, muss durch Beihilfen aus der Hauszinssteuer oder aus den Rückflüssen aus Hauszinssteuerdarlehen der Ausgleich geschaffen werden.

2.) Die Zinslasten der Wohnungsunternehmen sind zu erleichtern a) durch Gewährung von Zinsbeihilfen aus öffentlichen Mitteln, insbesondere aus der Hauszinssteuer oder aus den Rückflüssen aus Hauszinssteuerdarlehen, b) durch die Weitergewährung bereits zugesagter Zins- und Mietbeihilfen; soweit die Gemeinden die zugesagten Zins- oder Mietbeihilfen und Verpflichtungen aus übernommenen Bauwirtschaften nicht weiter gewähren können, müssen sie durch entsprechende Beihilfen des Staats dazu in die Lage versetzt werden, c) durch vorläufigen Verzicht auf die Verzinsung der Hauszinssteuerdarlehen oder Umwandlung der Verzinsung in Tilgung, in Notfällen auch durch Aussetzung der Tilgung.

3.) Die steuerlichen Lasten der Wohnungsunternehmen sind herabzusetzen, insbesondere müssen die gemeindlichen Zuschläge zur Grundvermögenssteuer aufgehoben werden. Die Neufestsetzung der Einheitswerte darf zu keiner Erhöhung der steuerlichen Belastung führen. Bei Nachveranlagungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen ist dem Gesichtspunkt der Billigkeit weitestgehend Rechnung zu tragen.

4.) Es sind wirksamere Schutzvorschriften gegen die Verschleuderung des Hausbesitzes bei Durchführung von Zwangsvollstreckungen zu schaffen.

5.) Den Wohnungsunternehmen ist bei Abdeckung der unerträglichen Disagiokosten bei Neubauten Hilfe zu gewähren durch Herabsetzung der Tilgungssätze für die Hypotheken auf 1/2 %.

6.) Für sofortige Flüssigmachung zugesagter Hypotheken und Ablösung hochverzinslicher Zwischenkredite ist Sorge zu tragen.

7.) Soweit die Flüssigmachung von Hauszinssteuerdarlehen zur Ablösung der Vorgriffe auf die Hauszinssteuer nicht möglich ist, muss dafür Sorge getragen werden, dass eine Zinsverbilligung der zwischenkreditlich gewährten Darlehen eintritt bezw. bis zur Ablösung aufrecht erhalten bleibt.

8.) Den sozial Bedrängten sind in Alt- und Neuwohnungen Mieterleichterungen zu gewähren, die in angemessenem Verhältnis zu den von ihnen gezahlten Mieten stehen.

9.) Den Spar- und Baugenossenschaften, die durch Abhebungen von Spargeldern in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, ist mit Beschleunigung die Möglichkeit zu verschaffen, gegen angemessene Sicherheiten Liquiditätskredite aufzunehmen.

SPD. Der Gläubigerbeirat der Firma Gebrüder Reichstein (Brennaborwerke) teilt mit, dass die Gründung der Aktiengesellschaft Brennaborwerke, die die Reichsteinbetriebe in Brandenburg/Havel weiterführen soll, vollzogen worden ist. Es sei einstweilen nur die Fortführung eines Teils der Betriebe möglich. Nach anderen Mitteilungen kommen dafür die Fahrrad- und Kinderwagenabteilungen in Frage. Ueber die Fortführung der Autobetriebe ist bis jetzt keine Entscheidung gefallen.

Die Mitteilungen des Gläubigerbeirats gewähren einen Einblick in die letzten Verhandlungen, die darauf abzielten, einen Betriebskredit in Höhe von 2 Millionen Mark zu beschaffen. Das Reich sollte, schon im Hinblick auf die

Stadt Brandenburg, die von den Reichsteinbetrieben wirtschaftlich abhängt, für einen geringen Teil dieser Summe Garantie übernehmen. Der Reichswirtschaftsminister Warmbold, der auf dem rechten Flügel der Schwerindustrie steht, sich zu den Deutschnationalen zählt und in den letzten Jahren so ziemlich für jede Subvention an die Grosslandwirtschaft zu haben war, hat aber dafür seine Zustimmung verweigert. Es sei, so stellt der Gläubigerbeirat fest, zunächst nur mit einem beschränkten Betriebsmittelkredit zu rechnen, der für das ursprünglich vorgesehene Wiederaufbauprogramm nicht ausreiche.

SPD. Nach einer Mitteilung des Statistischen Reichsamt betrug die Zahl der Neusiedlerstellen im Jahre 1929 insgesamt 5 545. Sie stieg 1930 auf 8 008 und 1931 auf rund 9 000. Im Vergleich zu den Jahren 1919 bis 1928, in den durchschnittlich 2 600 Stellen errichtet wurden, ist die jährliche Zahl der Neusiedlungen somit auf mehr als das Dreifache angewachsen. Mehr als die Hälfte der in den letzten Jahren errichteten Neusiedlungen waren grössere Bauernwirtschaften mit 10 und mehr ha Fläche, etwa ein Drittel waren kleinere bäuerliche Stellen von 2 bis 10 ha und ein Fünftel der Stellen war kleiner als 2 ha. Im ganzen sind seit 1919 im Deutschen Reich 49 000 Neusiedlerstellen mit einer Gesamtfläche von 500 000 ha errichtet worden. Das seit Bestehen des Reichssiedlungsgesetzes geleistete ländliche Siedlungswerk hat einen Umfang, der nach Zahl und Fläche der neuerrichteten Betriebe annähernd der gesamten Landwirtschaft des Landesteils Oldenburg entspricht oder nach der Fläche der Neusiedlungen annähernd so gross ist wie die bayerische Rheinpfalz. Ausserdem haben seit 1919 rund 85 000 landwirtschaftliche Betriebe, die eine Erweiterung ihrer Betriebsfläche benötigten, im Wege der Anliegersiedlung insgesamt 121 000 ha als Landzulagen als Eigentum erhalten. Das zur Besiedlung erworbene und bereitgestellte Land hatte bis Ende 1930 eine Gesamtfläche von rund 750 000 ha, wovon 635 000 ha oder 85 Prozent aus grossen Gütern mit 100 und mehr ha landwirtschaftlich benutzter Fläche stammt. Damit war bis Ende 1930 das im Reichssiedlungsgesetz bestimmte Landlieferungssoll d.i. die von grossern Gütern zu Siedlungszwecken überhaupt bereitzustellende Bodenfläche im Gesamtgebiet des Deutschen Reiches zu mehr als einem Drittel (36,3 Prozent) erfüllt.

SPD. Die Beschäftigtenstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für den Monat Februar 1932 weist 3 558 beschäftigte Arbeiter und Angestellte nach gegenüber 7 959 beschäftigte im Februar 1931. Die gezahlte Lohnsumme betrug im Februar 1932 = 443 185 RM gegenüber 1 287 980,51 RM. Das bedeutet für den Monat Februar eine Schmälerung der Kaufkraft nur an dieser Stelle um 844 795,51 RM. Auch die Geschäftsberichte der Bauhüttenbetriebe zeigen das gleiche Bild, das weiter durch die Konkurse zahlreicher grosser Bauunternehmungen bestätigt wird.

Börse antwortet mit Preissteigerungen.

(Berliner Getreidebörse vom 30.April.)

SPD. Die festere Stimmung, die am Sonnabend an der Berliner Produktenbörse herrschte, kam insbesondere dem Weizen zugute. Die neuen Verordnungen der Reichsregierung über die Einfuhrregelung haben enttäuscht. Man hatte im allgemeinen die Freigabe eines grösseren Kontingents erwartet. Infolgedessen zeigten die Mühlen vermehrte Kauflust nach Inlandsweizen. Da das Angebot wieder knapper geworden war, wurden etwa 2 Mark höhere Preise erzielt. Auch am Markte der Zeitgeschäfte konnten die vorderen Sichten um 2 bis 3 Mark gewinnen, während Herbstweizen nur eine Mark höher notiert wurde. Roggen zeigte nur wenig Belebung. Einige Kahnladungen von Inlandsroggen konnten zu unveränderten Preisen umgesetzt werden. Auch am Markte der Zeitgeschäfte zeigten die Preise nur wenig Abweichungen. Im Mehlhandel war eine leichte Belebung im Weizenmehlgeschäft festzustellen. Hier und da versuchten die Mühlen höhere Preise durchzusetzen, was ihnen indessen nicht gelang. Roggenmehl hatte kleines Konsumgeschäft. Für Hafer blieb die Tendenz stetig. Das nicht grosse Angebot entsprach der Nachfrage.

	29.April	30.April
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	267 - 269	269 - 271
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	189 - 194	189 - 194
Futter- und Industriegerste	179 - 189	179 - 188
Hafer	161 - 166	161 - 166
Weizenmehl	32,25 - 36,00	32,50 - 36,25
Roggenmehl	25,90 - 27,65	25,90 - 27,60
Weizenkleie	11,75 - 12,00	11,60 - 11,90
Roggenkleie	10,00 - 10,35	10,00 - 10,35

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 280 (Vortag 277½), Juli 284 (281), September 227 (226). Roggen Mai 195 (195¼), Juli 198½ (-), September 185½ (185), Hafer Mai 170½ (170¼), Juli 177½ (176).

SPD. Zu den Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium über die Zukunft der Junkerswerke-Dessau wird jetzt bekannt, dass eine Betriebsgesellschaft, wie sie seinerzeit beim Borsigkonzern errichtet worden ist, zunächst die nötig Mittel zur Fortführung des Betriebs aufbringen soll. Voraussetzung dazu ist, dass das Reich sich finanziell an der Aktion beteiligt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 30.April. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 113, II. 106, abfallende Sorten 96 RM. Tendenz: stetig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Hilfe für die Jugendlichen!

Nicht nur Arbeit, sondern auch Verdienst.

SPD. Für die Beschäftigung der Jugendlichen sind, vor allem im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes, grosse Dinge geplant. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit und des sozialkulturellen Wertes dieser Beschäftigung muss jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, dass die jüngeren Erwerbslosen nicht nur auf Beschäftigung, sondern auch - und zwar in erster Linie - auf Erwerbsarbeit warten. Der freiwillige Arbeitsdienst bringt Beschäftigung. Verdienstmöglichkeiten sind jedoch, jedenfalls für einen starken Prozentsatz der jüngeren Erwerbslosen, mindestens ebenso wichtig. Der Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Maschke, macht darauf in dem soeben erschienenen April-Heft der "Arbeit", der Monatszeitschrift des ADGB, in einem Aufsatz "Jugend ohne Beschäftigung und ohne Ausbildungsmöglichkeit" mit besonderem Nachdruck aufmerksam. Er fordert eine stärkere arbeitsmarktpolitische Berücksichtigung der Jugend.

Die jüngeren Jahrgänge der Arbeiter, so führt Maschke aus, sind anerkanntermassen besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen. Bei einzelnen Berufen lässt sich das einwandfrei feststellen. Unter den Arbeitern der Reichsbahn ist z.B. der Anteil der Jahrgänge zwischen 18 und 24 Jahren an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter in der Zeit vom 31. Dezember 1925 bis zum 31. Dezember 1930 von 9,62% auf 6,27% zurückgegangen. Bei den 25 bis 30 Jahre alten Arbeitern verringerte sich das Verhältnis von 22,15 auf 14,80 Prozent und bei den 31- bis 35jährigen sogar von 20,45 auf 10,03 Prozent. Eine entsprechende Zunahme haben dafür die Altersgruppen von 36 bis 60 Jahren erfahren. Zu beachten ist dabei, dass die Gesamtarbeiterzahl der Reichsbahn in dem genannten Zeitraum von 415 920 auf 355 785 zurückging, während die Altersgruppen von 41 bis 60 Jahren noch absolut zunahmen. Aehnlich liegen die Verhältnisse wohl in den meisten anderen öffentlichen Betrieben, aber auch in vielen Zweigen der privaten Wirtschaft. So hat der Buchdruckerverband kürzlich in einer Erhebung die etwa fünf Siebentel des Verbandsgebietes umfasst, festgestellt, dass von 16 024 ermittelten arbeitslosen Mitgliedern sich 8 157 also über 50%, im Alter von 18 bis 25 Jahren befinden. In einzelnen Bezirken beträgt der Anteil dieser jüngeren Arbeitslosen an der Gesamtzahl bis zu 68%.

Die bisher angewandten Grundsätze, wonach die jüngeren und ledigen Arbeiter bei Entlassungen in erster Linie und bei Neueinstellungen in letzter Linie zu berücksichtigen sind, bedürfen also einer gründlichen Revision. Die gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten ist eine Angelegenheit, die die jungen Arbeiter ganz besonders angeht. Maschke regt daher an, dass die durch Arbeitszeitverkürzung, Beseitigung von Doppelexistenzen und auf andere Weise freizumachenden Arbeitsplätze, vornehmlich mit jüngeren Leuten besetzt werden, um die ihnen bisher zugefügte Benachteiligung wenigstens etwas wieder auszugleichen.

SPD.Essen, 30.April (Eig.Drahtb.)

Der Zechenverband hat die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31.Mai gekündigt. Der Verband erklärt, dass er als Ziel dieser Kündigung in Abweichung von der bisherigen Uebung nicht die tarifliche Festlegung einer generellen Lohnherabsetzung, sondern eine Auflockerung des bestehenden Lohnsystems betrachte. Es gelte, auf den Schachtanlagen in gewissen Grenzen die Anpassung der Lohnhlhe an die besonderen Verhältnisse zu ermöglichen, was in anderen Industriezweigen seit längerem bereits der Fall sei. Die heutige starre Lohnregelung werde den verschieden gelagerten Beschäftigungsmöglichkeiten auf den einzelnen Schachtanlagen nicht gerecht, sodass eine Auflockerung gerade zur Aufrechterhaltung möglichst zahlreicher Arbeitsstellen dringend geboten erscheine.

Die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Gewerkschaften werden zusammen mit den Verhandlungen über Manteltarif und Urlaub noch vor Pfingsten stattfinden.-

\+ \+ \+

Die Grubenherren wollen also mit der Auflockerung des bestehenden Lohnsystems angeblich dem Leistungsgedanken einen Dienst erweisen und zugleich dem Arbeiter seine Arbeitsstelle sichern. Bis jetzt war aber, wie von den freien wie von den christlichen Gewerkschaften festgestellt werden musste, überall dort, wo man versuchte, den Tarifvertrag zu ignorieren, und wi man nach freiem Ermessen die Löhne und Gehälter festsetzte, immer nur ein "Streben nach einem möglichst tiefen Lohn festzustellen. Die "Auflockerung" der Tarife bedeutete stets in der Mehrzahl der Fälle nicht eine grössere Gerechtigkeit in der Entlohnung, sondern umgekehrt: schlechtere Entlohnung auch für die Pferde, die den Hafer verdient hatten.

Die Sicherung der Arbeitsstelle ist schon öfter von den Arbeitgebern versprochen worden. Sie wollten ja auch mit dem Lohnabbau die Arbeitslosigkeit eindämmen. Die Erfüllung ihres Versprechens bestand in einer Steigerung der Arbeitslosigkeit.

SPD.In Frankreich betrug nach der amtlichen Statistik die Zahl der behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen am 23.April 290 224 (230 813 Männer und 59 411 Frauen) gegenüber 295 534 in der Vorwoche. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit verteilt sich nicht gleichmässig auf das ganze Land. Nur in 43 Departements ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken, während sie in 11 Departements zugenommen hat. In 16 weiteren Departements ist der Stand der Arbeitslosigkeit geblieben. 20 Departements haben überhaupt keine Arbeitslosen.

Neben den 290 224 Unterstützten sind noch 16 938 Arbeitslose, die bereits sechs Monate die offizielle Unterstützung erhalten haben, aus den Wohlfahrtskassen der Gemeinden unterstützt worden.

SPD.Das preussische Staatsministerium beabsichtigt, in der Frage der 40-Stundenwoche bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit sobald als möglich die geplante Verordnung über die Kürzung der Arbeitszeit in Kraft tritt. Die preussischen Regierungsstellen sehen angesichts der sehr wenig erfreulichen Arbeitsmarktlage in der Verordnung ein Mittel, das immerhin eine fühlbare Entlastung in der Arbeitslosigkeit schaffen kann.